

## **Die AfD setzt sich für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild ein Was sagt Mehr Demokratie e.V. dazu?**

„Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.“<sup>1</sup> Der Verweis auf die Schweiz ist geschickt gewählt, lässt dies doch ein erstrebenswertes Demokratiemodell und eine lebendige Demokratie assoziieren. Mehr Demokratie e.V. widerspricht als Fachverband für direkte Demokratie dennoch. Es geht nicht darum, die Schweiz zu kopieren, sondern zu kapieren. Die direkte Demokratie in der Schweiz mag grundsätzlich ein Vorbild sein, an entscheidenden Punkten ist sie es gerade nicht und vor allem nicht auf Deutschland übertragbar.

Die AfD hat am 24. Februar 2021 einen Gesetzentwurf für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene vorgelegt.<sup>2</sup> Dieser offenbart: Der AfD zu folgen, hätte fatale Auswirkungen für unsere Demokratie, würde Menschen- und Minderheitenrechte in Frage stellen und das Parlament unterlaufen. Mehr Demokratie aber setzt auf einen Ausbau der direkten Demokratie, um die Bürgerrechte *und* den Parlamentarismus zu stärken. Es geht Mehr Demokratie nicht um ein Gegeneinander von direkter und parlamentarischer Demokratie, sondern darum, sich gegenseitig zu befruchten.

### **Grund- und Minderheitenrechte**

Die AfD meint, „das deutsche Volk“ sei „ebenso mündig wie das der Schweizer, um über jegliche Themen direkt abzustimmen. Eine natürliche Schranke ergibt sich durch Grundsätze des Völkerrechts.“<sup>3</sup> Anders als in der Schweiz wird für die direkte Demokratie in Deutschland auf Länder- und Bundesebene ein dreistufiges Modell favorisiert: Initiative, Begehren, Entscheid. Nach der Initiative ist die Möglichkeit einer juristischen Prüfung vorgesehen (präventive Normenkontrolle). Das jeweils zuständige Verfassungsgericht kann so die Vereinbarkeit eines Gesetzentwurfes mit dem Grundgesetz und Völkerrecht prüfen und das Volksbegehren nicht zulassen, wenn beispielsweise Grund- und Minderheitenrechte angegriffen würden. Die Initiative gelangt dann nicht in die 2. Stufe, also in die „große“ Unterschriftensammlung zu einem

---

1 Grundsatzprogramm der AfD, Punkt 1.: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>, aufgerufen am 21. Sept. 2021.

2 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/269/1926906.pdf>, Stand 26. Februar 2021, 10:37 Uhr.

3 Grundsatzprogramm der AfD, Punkt 1.1.: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Online-PDF\\_150616.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf), aufgerufen am 21. Sept. 2021

Volksbegehren. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zur direkten Demokratie in der Schweiz. Dort ist eine umfassende Vorab-Prüfung nicht vorgesehen. Die Antragsstufe gibt es nicht; es kommt alles zur Abstimmung, was die Unterschriftenhürde schafft und dem Völkerrecht nicht widerspricht. Auch hat die Schweiz kein eigenes Verfassungsgericht. Vom Volk beschlossene Gesetze können erst im Nachhinein vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht werden, der dann prüft, ob sie der Menschenrechtskonvention entsprechen. Die oft in Deutschland zitierten Schweizer Volksabstimmungen zum Minarettverbot oder den Ausschaffungsinitiativen wären mit großer Wahrscheinlichkeit in keinem der deutschen Bundesländer über die Antragsstufe hinausgekommen.<sup>4</sup> Die Schweiz ist hier gerade kein Vorbild für die direkte Demokratie in Deutschland. „Die in Europa sonst überall schon erfolgte Versöhnung zwischen der Demokratie und den Menschenrechten steht der Schweiz erst noch bevor. ... Es besteht großer gesellschaftlicher wie institutioneller Reformbedarf.“<sup>5</sup>

Bei der AfD fehlt ein Hinweis auf eine Antragsstufe. Es ist davon auszugehen, dass eine Überprüfung von Volksbegehren nicht vorgesehen ist. Damit stellt die AfD Entscheidungen des Volkes über alles und ignoriert das System gegenseitiger Kontrolle (Checks und Balances). Mehr Demokratie kritisiert dies. Das Selbstbestimmungsrecht darf nicht darauf hinauslaufen, die Würde „des anderen“ zu beschädigen.

### **Verhältnis parlamentarischer und direkter Demokratie**

Dies setzt sich insofern fort, als die AfD vorschlägt, dass vom Volk beschlossene Gesetze nur per Volksentscheid wieder geändert werden können.<sup>6</sup> Hier wird der Anspruch der Gleichrangigkeit der parlamentarischen und der direktdemokratischen Gesetzgebung aufgegeben und eine Möglichkeit geschaffen, mittels direkter Demokratie die parlamentarische Arbeit zu blockieren. Erkennbar wird, dass die AfD die direkte Demokratie gegen den Parlamentarismus in Stellung bringen will. Dies geht einher mit der Vorstellung von Vertretern des Rechtspopulismus, „sie und nur sie repräsentierten das wahre, immer als homogen gedachte Volk“. Unterstellt wird, es gäbe einen „vermeintlich klar identifizierbaren Willen eines homogenen Volkes ...“, der dann angeblich

---

4 Die Volksabstimmung zum Minarettverbot vom 29. Nov. 2009 wäre in einem deutschen Bundesland nicht zugelassen worden, da damit das Grundrecht auf Religionsfreiheit berührt worden wäre. Ähnlich verhält es sich mit den so genannten Ausschaffungsinitiativen, die darauf setzen, straffällig gewordene Ausländer ohne gerichtliche Überprüfung abzuschicken, und die 2010 zur Abstimmung gekommen sind. Siehe auch: Otmar Jung, Wie steht es mit der Vereinbarkeit direkter Demokratie mit EU- und Völkerrecht?, in: Tobias Mörschel/Michael Efler (Hrsg.), Direkte Demokratie auf Bundesebene, 2013, S. 44.

5 Andreas Gross, Menschenrechte sind immer Rechte aller, Volksrechte sind Rechte weniger Menschen, in: Andreas Gross, Die unvollendete Direkte Demokratie. 1984-2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus, 2016, S. 55. Gross ist Schweizer Politikwissenschaftler und war 20 Jahre lang Schweizer Nationalrat.

6 AfD-Gesetzentwurf, s. Fn 2, Art. 1 Zi 1. Die Praxis ist aus Kalifornien bekannt und gilt als negatives Beispiel einer direkten Demokratie, die mit der parlamentarischen Demokratie nicht (ausreichend) verzahnt ist.

von den Populisten nur umgesetzt werden muss<sup>7 8</sup>. Dies verbindet sich mit der Vorstellung, der homogene Volkswillen ließe sich mit der direkten Demokratie durchsetzen.<sup>9</sup>

Die direkte Demokratie aber steht für eine Kultur der politischen Auseinandersetzung. Sie verhilft gerade dazu, nach verabredeten Regeln zu diskutieren und zu ermitteln, was tatsächlich dem Mehrheitswillen entspricht. Wird sie intelligent mit dem parlamentarischen Verfahren verzahnt, verhilft sie der Demokratie insgesamt zu mehr Aspekten und Argumenten in der politischen Debatte.

Für uns ist direkte Demokratie ein Weg, damit Menschen sich auch über Wahlen hinaus an der Gestaltung der Zukunft gemeinsam beteiligen können. Direkte Demokratie und Parlamente gehen Hand in Hand. Sie sind ziemlich beste Freundinnen.

### **Menschenbild**

Nach Ansicht von Mehr Demokratie soll jeder Mensch, der von einer Entscheidung betroffen ist, an dieser auch mitwirken können. Darum fordert Mehr Demokratie ein Wahl- und Abstimmungsrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Ralf-Uwe Beck | Bundesvorstandssprecher | Sept. 2021

(basierend auf einem gemeinsam mit Tim Weber verfassten Papier vom August 2019)

- 
- 7 Jan-Werner Müller, Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation?, in: <http://www.bpb.de/apuz/234701/populismus-symptom-einer-krise-der-politischenrepraesentation?p=all>, Stand: 25. August 2018.
- 8 Ein Ausdruck dafür sind die bei rechtspopulistischen Aktionen skandiierte Rufe „Wir sind das Volk“. Dies war im Herbst 1989 gegen die Diktatur formuliert und hatte hier auch seine Berechtigung. Heute aber, wer dies behauptet, verabschiedet sich von dem demokratischen Anspruch, herauszufinden, was dem Gemeinwohl entspricht. Er beansprucht, dies schon zu wissen. Damit wird allen politischen Mitbewerbern die Legitimität abgesprochen, was sich verengt in der pauschalen Diffamierung der „etablierten Parteien“.
- 9 Frauke Petry, seinerzeit Vorsitzende der AfD, wendet sich auf Facebook vor dem anstehenden Volksentscheid in Ungarn gegen die Kritik daran, dass Orban „die direkte Demokratie als politisches Mittel seiner Amtsführung versteht“: <https://www.facebook.com/Dr.Frauke.Petry/posts/+++direkte-demokratie-%E2%80%93-ungarn/1068823619836951/>, Stand: 25. August 2018; dies zeigt auch, dass eine direkte Demokratie „von oben“ der Vorstellung der Populisten sehr viel näher ist als eine direkte Demokratie „von unten“.